

„In wenigen Monaten wird nichts mehr wie früher sein“:

Die gelb-grüne Regierung und der Abstieg Italiens im europäischen Kapitalismus

Rudy Weissenbacher

Die italienischen Parlamentswahlen vom 4. März 2018 haben zu einer Regierungskoalition des Movimento Cinque Stelle (M5S mit gelben Vereinsfarben, 33,68 % der Stimmen in der Wahl zur Abgeordnetenversammlung) und der ehemals secessionistischen Partei der extremen Rechten Lega (ehemals *Lega Nord für die Unabhängigkeit Padaniens*, mit grünen Vereinsfarben, 17,35 %, Governo italiano o.J., 1) geführt. Was als Anti-Establishment Wahl empfunden wurde, sandte Schockwellen durch die EU. Der liberale Haussegner der EU scheint aber weniger durch die offen rassistischen Positionen der neuen Regierung gestört zu werden, als durch die bekannt EU- und Euro-kritischen Standpunkte der beiden Regierungsparteien (Maurice 2018).

Eigentlich hätte der parteilose Ökonom Paolo Savona italienischer Finanzminister auf dem Ticket der Lega werden sollen, ein langjähriger Kritiker der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Seine Bestellung wurde zur ersten Farce in der Auseinandersetzung zwischen Italien und dem EU Establishment. Die internationale Kritik und eine Intervention des italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella (von der Mitte-Links-Partei Partito Democratico) verhinderten zwar Savonas Bestellung zum Finanzminister, paradoxer Weise jedoch nicht zum Europaminister. Folglich konnte Savona seine Vorstellungen im Wirtschaftsprogramm der Regierung (in Zusammenarbeit mit dem akzeptierten Finanzminister Giovanni Tria) einbringen. Die zentrale Idee weicht von den Sparprogrammen der EU ab: Ein Investmentprogramm soll implementiert werden, das von den (von der Regierung erwarteten) Exportüberschüssen finanziert werden soll. Diese Investitionen sollen wiederum – durch einen Multiplikatoreffekt – zu mehr Steuereinnahmen für den Staat führen und damit eine Reduktion der Schuldenlast ermöglichen. In einem ersten Schritt würden diese Investitionen zu einer Erhöhung der italienischen Staatsschulden beitragen und dadurch zu einer Konfrontation mit den Budgetregeln der EU führen. Aber die Regierung baute im Sommer darauf, dass die EU-Kommission das Investmentprogramm akzeptieren und signalisieren würde, dass sie zumindest temporär die zusätzliche Verschuldung decken würde. Dies sollte Italien vor Finanzmarkt-Spekulationen schützen. Würde sich die EU-Kommission zieren, wäre der Plan B eines Euro-Austritts wieder auf dem Tisch (Feltri 2018a). Möglicherweise vertraute die italienische Regierung darauf, dass die EU-Kommission (2018) die Einhaltung der Richtlinien der italienischen Staatsschulden für 2018 schon überprüft hatte. Hätte sich die EU-Kommission damit begnügt, wäre ein Defizitverfahren gegen Italien erst wieder weit nach den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 möglich gewesen. Aber dann würde es eine neue Kommission geben. Die italienische Regierung scheint darauf zu bauen, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der EU zu ihren Gunsten verändern werden, was auch das neoliberale Korsett der Makroökonomie zum Reißen bringen könnte.

Zwischen Zentrum und Peripherie in der EU: Die politische Ökonomie Italiens im Zeitraffer

Die Einhaltung der Obergrenze der öffentlichen Schulden eines Landes von 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), eine der willkürlichen Zahlen aus dem Maastricht-Vertrag, ist der Euro-Zone im Durchschnitt nie gelungen und auch der EU durchschnittlich nur in wenigen der 2000er Jahre, bevor die globale Krise (aus den USA kommend) Europa erreichte (EU Kommission o.J.). In Italien hatte die neoliberale Welle von EU-Integration, Vorbereitung auf den Euro und Globalisierungsdekade der 1990er zu einer Zerschlagung des christdemokratisch geführten staatskapitalistischen Nachkriegsmodells geführt, die eine Phase bis heute andauernder Stagnation und Deindustrialisierung einläutete und den Süden Italiens besonders betraf. Die keynesianische Form von Kapitalismus hatte auch im Süden Italiens bestenfalls zu „Wachstum ohne Entwicklung“ (Weissenbacher 2018a, Weissenbacher 2018b) geführt, brachte aber doch eine spätfordistische Industrialisierung mit verlängerten Werkbänken und einen Prozess lokalen Wachstums und einer gewissen Integration, auch wenn er limitiert und polarisierend war (Giunta/Martinelli 1995, 196). Das neoliberale Regime überließ danach Entwicklungsfragen den „Marktkräften“ und hatte keinen Plan für die gesellschaftliche Reproduktion. Die Folge war eine wieder zunehmende sozialräumliche Polarisierung in Italien (Simonazzi 2015, 71ff).

Über die Jahre und Krisen hatten sich die italienischen Staatsschulden erhöht. Nach den Zahlen der AMECO-Datenbank (EU Kommission o.J.) hatte Italien 1981, also 12 Jahre vor in Kraft treten des Maastricht-Vertrags, das letzte Mal das spätere Schuldenkriterium dieses Vertrages erfüllt. Was die meisten peripheren Länder empfindlich traf, scheint auch die italienische Schuldensituation in den 1980er Jahren sehr negativ beeinflusst zu haben (Simonazzi 2015, 73f.): Die US-Hochzinspolitik ab 1979 saugte massiv Kapital in die USA und brachte Refinanzierungsprobleme (internationale Kapitalknappheit), damit verbunden waren schlechten Bedingungen und hohen Zinsen für neue Kredite. Ein deutlicher Schuldensprung ist um die Zeit des Maastricht-Übereinkommens selbst zu sehen (1991: 94,9 % des BIP, 1992: 101,5 %, 1993: 111,3%, 1994: 117,2%, EU Kommission o.J.), als 1992 a) Italien in die partielle europäische Währungskrise schlitterte und aus dem Europäischen Währungssystem ausschied und b) das italienische Parteiensystem implodierte. Mit einer radikaleren liberalen Wirtschaftspolitik, zu der eben auch die massiven Privatisierungen gehören, hatte sich Italien schon ab den 1980er Jahren an weitere EU-Integration anzupassen begonnen und damit die Ökonomie stärker finanzialisiert. Dies brachte vorerst finanzielle Stabilität für den Beitritt zur Währungsunion, aber auf Kosten von Industrieproduktion und staatlicher Industrieinstitutionen (Petrini 2013, Cavazzuti 2014). Politisch brachten diese Entwicklungen einen Schritt vom industriezentrierten Staatskapitalismus zum privatorganisierten Oligopolkapitalismus, der mit Silvio Berlusconi eine internationale Ära von Tycoons als Partei- und Staatsführer einleitete. Koalitionsregierungen unterschiedlicher Couleurs respektierten oder teilten in der Folge den (neoliberalen) Inhalt der EU-Verträge. Sieht man sich die Daten für Italien an, scheint sich die Kritik an neoliberalen Sparprogrammen zu bestätigen. Salopp gesagt: Die Krisen schnalzen die Schulden in die Höhe, massive Sparprogramme und „Reformen“ im Arbeits- und Sozialbereich bringen dazu im Verhältnis nur einen langsamen Schuldenabbau. Folgt man wieder den AMECO-Daten, dann hat Italien bis zum Jahr vor der Krise seine Schulden auf etwa 100 % des BIP abgestottert (2007: 99,8 %). Und dann kam die

nächste Krise, 2008: 102,4 %, 2009: 112,5 %, 2010: 115,4 %, 2011: 116,5 %, Italien war also wieder ungefähr dort, wo es 1994 gestartet war. Allerdings hatten sich die Rahmenbedingungen für eine Wiederholung der Reduktion der Schuldenlast verschlechtert.

Abhängige Einordnung in die europäischen Güterketten?

Das italienische Akkumulationsmodell war, wie wir gesehen haben, einen Wandel durchlaufen und auch die internationalen Rahmenbedingungen waren weniger günstig. Der strategische Vorteil italienischer Unternehmen auf internationalen Märkten in Lateinamerika, Nordafrika, dem Nahen Osten und den USA ging verloren (Curli 2014, 196ff). Die Integration von Unternehmen aus Ländern der globalen Peripherie in globale Güterketten (GK) brachte italienische Firmen unter Druck (Agostino u.a. 2015, 723). Innerhalb der EU richteten sich die Handelsbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie aus (Simonazzi u.a. 2013). In der Folge scheinen sich auch italienische Unternehmen stärker in Güterketten einzuordnen begonnen zu haben. GK-Forschung zu Italien (Accetturo/Giunta 2018, Agostino u.a. 2015, Gattai 2015, Bacchiocchi u.a. 2014, Agostino u.a. 2013, Giunta u.a. 2012, Giunta/Scalera 2007) legt nahe, dass sich italienische Unternehmen in der Tendenz untergeordnet als Zulieferbetriebe in die GK eingegliedert haben. Die Krisenresilienz italienischer Betriebe und der Handlungsspielraum innerhalb der GK (im Vergleich zu Unternehmen des BRD-Zentrums) erscheinen begrenzt. Dies scheint auch dem Umstand geschuldet zu sein, dass italienische Unternehmen in der Tendenz kleiner sind und größere Unternehmen innerhalb der GK einen strategischen Vorteil haben. Insgesamt scheint die qualitative und quantitative Veränderung der europäischen und italienischen Arbeitsteilung ein weiteres Mal dem italienischen Norden gegenüber dem Süden zum Vorteil gereicht zu haben.

Auch die großen italienischen Unternehmen waren von Veränderung betroffen. Das Schicksal eines Flaggschiffes der italienischen Industrie, FIAT, scheint den Wandel in der italienischen Industrie gut zu versinnbildlichen: Wechsel von einem Familienunternehmen zu einer Aktiengesellschaft, Diversifikation der Produktion mit einer Tendenz hin zum Sektorservice, Internationalisierung, Arbeitskämpfe, aber weiterhin eine große Nähe zum italienischen Staat (Berta 2015, Dunford/Greco 2006). Mit dem Tod des legendären Fiat-Managers Sergio Marchionne 2018 scheint eine Ära von FIAT und der italienischen Ökonomie zu Ende gegangen zu sein. Marchionne vollendete den Internationalisierungsprozess von FIAT (die Rechts- und Finanzhauptquartiere übersiedelten nach Amsterdam und London). Er gewann, mit Unterstützung der Regierung von Matteo Renzi (Partito Democratico) die entscheidenden Arbeitskämpfe gegen die linken Gewerkschaften. Er ignorierte die ArbeitgeberInnenorganisation Confindustria und damit sozialpartnerschaftliche Verhandlungen. Marchionne rettete FIAT aber auf Kosten von industrieller Produktion in Italien. Fiat Chrysler Automobiles (FCA) haben in den 13 Marchionne Jahren global Marktanteile verloren (von 7–8 % 2004 auf 5 % in 2017). Aber mit der industriellen Pfadabhängigkeit bleibt die Autoindustrie für Italien wichtig, mit allein 100.000 Angestellten im Gebiet um Turin (Meletti 2018, Feltri 2018b, Boffano 2018).

Die Schätzungen für die durchschnittliche jährliche Veränderung des BIP pro Kopf Italiens (Felice/Vecchi 2013, 7) sprechen eine deutliche Sprache hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens: +5,51 % 1948–1973 (Nachkriegsboom und Staatskapitalis-

mus), +2,51 % 1973–1992 (von der Weltwirtschaftskrise zur Währungs- und Staatskrise), +1,56 % 1992–2002 (von der Krise in die Währungsunion) und -0,48 % 2002–2011 (vom Eintritt in die Währungsunion in die Weltwirtschaftskrise). Die Krise von 2008 markierte noch einmal einen Einschnitt in die industrielle Entwicklung Italiens: Der Verband für die industrielle Entwicklung Süditaliens (SVIMEZ 2015:38) kalkulierte die kumulative Wertschöpfung (value added) der italienischen Industrieproduktion noch mit einem Plus von 5,8 % zwischen 2001 und 2007. Sie fiel jedoch um dramatische -17,2 % zwischen 2008 und 2014, im Mezzogiorno sogar um -31,8 %. Italien schlitterte auf den Pfad von einem Zentrumsland – einen Status, den es erst nach dem Zweiten Weltkrieg errungen hatte – zu einem Land der europäischen Semiperipherie (Weissenbacher 2018c, siehe dort auch für eine Typologie des europäischen Zentrum-Peripherie-Systems).

Preludium: Der Schock von 2011

Wir haben die Darstellung der Schuldenentwicklung Italiens nicht nur deshalb im Jahr 2011 unterbrochen, weil die öffentlichen Schulden das Niveau von 1994 erreicht hatten. Das Jahr 2011 sah auch einen Schock für die politische Klasse Italiens und markierte für die italienische Bevölkerung den Beginn von weiteren Austeritätsprogrammen. Was war geschehen? Mit der Zuspitzung der Griechenlandkrise verschlechterte sich auch die Situation Italiens, weil die Kosten internationaler Kreditaufnahmen anstiegen. Die Regierung Berlusconi IV hatte Sparprogramme verabschiedet, aber nicht in dem Ausmaß, das von Regierungen von EU-Zentrumsländern (BRD und Frankreich), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Kommission bzw. dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als notwendig angesehen wurde. Die heutige Positionierung Italiens gegenüber der EU muss wohl auch vor dem Hintergrund des Putsches gegen die Regierung Berlusconi IV, in der auch die Lega vertreten war, gesehen werden. Die Drohung einer internationalen Budgetaufsicht wie durch die Troika in Griechenland stand im Raum. Um eine solche Situation zu vermeiden und dennoch Austeritätsprogramme zu garantieren, verhandelte der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano vom Partito Democratico (PD) hinter den Kulissen eine Vereinbarung, mit dem die italienische Regierung das Gesicht wahren konnte. „Es ist kein Zufall“, schreibt Lorenzo Bini Smaghi (2013, 29), bis Ende 2011 Mitglied im Direktorium der EZB, „dass der italienische Premierminister Silvio Berlusconi zurückgetreten ist, nachdem er den hypothetischen Exit seines Landes aus dem Euro in privaten Gesprächen mit den Regierungen anderer Eurozonenmitglieder ventiliert hatte“. Die Regierung Berlusconi IV trat am 12. November 2011 zurück und öffnete den Weg für die „technokratische Regierung“ von Mario Monti. Die neue Regierung setzte die geforderten Sparprogramme und Gesetzesreformen durch. Was sie als Italienretterprogramm verkaufte, wurde von KritikerInnen als Bankenrettungsprogramm bezeichnet (Kington 2011, Weissenbacher 2012, Friedman 2015, Panizzi 2016).

Die zwei großen Parteien des (in Anlehnung an die USA) für zwei große politische Blöcke entworfenen Systems, Berlusconis Wahlvereine und der demokratischen Partei (PD), konnten den Status Quo noch kurze Zeit verteidigen und den Verschleiß des politischen Systems verzögern. Staatspräsident Napolitano (PD) dehnte seine verfassungsmäßigen Rechte und sicherte eine Regierung ohne Neuwahlen. Die beiden (noch) großen politischen Parteien gaben der Austeritätsgesetzgebung von Mario Monti ihre parlamen-

tarische Unterstützung. Nach den Parlamentswahlen von 2013 führten PD-geleitete Regierungen diese Politik fort (z.B. neoliberale Arbeitsmarkt“flexibilisierung“), zuerst unter Enrico Letta und, nach einem parteiinternen Putsch nach weniger als einem Jahr, ab 2014 von Matteo Renzi. Renzi strebte auch hinsichtlich der demokratischen Entscheidungsprozesse Reformen an, die als neoliberal gedeutet werden können: Beschleunigung und mehr Macht für die Exekutive. Sein Versuch einer Verfassungsreform wurde aber sehr breit als Entdemokratisierungsprozess verstanden, bis tief in seine eigene Partei hinein, und scheiterte im Referendum von 2016.

Der Movimento Cinque Stelle (M5S, Fünfsternebewegung) war zwei Jahre nach seiner Gründung ab 2011 im Aufwind. Renzi und Berlusconi versuchten noch mit spezieller Wahlgesetzgebung den M5S von der Regierung fernzuhalten (Verderami 2017). Aber bereits im ersten Antreten bei Parlamentswahlen wurde die Fünfsternebewegung stärkste Partei innerhalb Italiens. Nur aufgrund der Stimmen von AuslandsitalienerInnen wurde sie stimmenmäßige zweite hinter der demokratischen Partei und wegen der Eigentümlichkeiten des italienischen Wahlrechts drittstärkste Partei an Sitzen im Parlament (Governo Italiano o.J., 2). Ebenso im Jahr 2013 begann sich die Lega zu radikalieren. Gegründet im Jahr 1989 ist sie die älteste Partei im italienischen Parlament. Sie war an allen Regierungen von Silvio Berlusconi beteiligt, I (1994/95), II (2001–2005), III (2005/2006), IV (2008–2011). 2013 übernahm Matteo Salvini die Parteiführung. Er führte einen aggressiveren Ton gegen die EU und die gemeinsame Währung ein und radikalisierte die Partei in der Migrationspolitik. Aus wahltaktischen Gründen ersetzte ein Rassismus gegen AusländerInnen den traditionellen gegen SüdsüditalienerInnen, die secessionistischen Positionen traten in den Hintergrund und nationalistische traten in den Vordergrund. Die Lega durchlief eine Radikalisierung zur extremen nationalen Rechten und marschierte auf der Piazza gemeinsam mit der neofaschistischen Casa Pound (Weissenbacher 2015).

Die Numerologie des Sparzwangs: von der Staatsverschuldung zum strukturellen Defizit

Die jüngere Geschichte Italiens war von Sparprogrammen gekennzeichnet (Aufnahme in die WWU, unmittelbare Krisenjahre, Krisenbewältigung). Mit der Erodierung des italienischen Produktivsystems bleibt unklar, ob eine neuerliche Reduktion der Schuldenlast, wie von 1994 bis 2007, überhaupt möglich ist, zudem wurde das Sozialsystem schon in der Vergangenheit stark belastet. Und selbst wenn die Marke von 100% öffentlicher Schulden im Verhältnis zum BIP noch einmal in die Nähe rückte, bliebe diese sehr weit von den Kriterien der EU entfernt. Die öffentlichen Schulden stiegen allen Sparprogrammen und „Effizienz“-Reformen zum Trotz zuerst weiter an: 2011: 116,5% des BIP, 2012: 123,5%, 2013: 129%, 2014: 131,8% und stagnierten ab 2015: 131,6%, 2016: 131,4%, 2017: 131,2% und 2018: 131,1% (EU Kommission o.J.). Neben dieser Realität muss man auch auf die Willkürlichkeit der Indikatorenfestlegung verweisen, hinsichtlich der Höhe und auch der Frage, welche Art von gesellschaftlicher Verschuldung in eine Bewertung einfließen soll. Zieht man etwa Unternehmensverschuldung oder zukünftige finanzielle Verpflichtungen in die Berechnungen ein, scheint das Länderranking der Schuldentugend gleich anders aussehen zu können (vgl. Minenna 2018, der u.a. auf Raddatz 2016 verweist). Aber die

Maastrichtkriterien scheinen ohnehin in den Hintergrund zu treten. Nimmt man die Erfahrungswerte der letzten Reduktion der Schuldenlast, die ja unter besseren Bedingungen stattfand, dann würde Italien nach mehr als einem halben Jahrhundert die Maastricht-Schuldenkriterien erreichen. Das könnte über den Lebenszyklus der EU hinausreichen und kann für ItalienerInnen keine Perspektive sein. Das alte Maastricht-Kriterium von 3 % des BIP für das Budgetdefizit wurde von der EU-Kommission als nicht mehr adäquat für die Reduktion der Schuldenlast gesehen, den fiskalpolitischen Maßnahmen von 2011 („Sixpack“) und 2013 („Two-Pack“) folgte 2013 der Fiskalpakt (nicht ratifiziert von Tschechien und GB, nicht unterzeichnet von Kroatien), der das EU-Regelwerk vertiefte. Ein um konjunkturelle Einmaleffekte reduziertes „strukturelles Defizit“ soll (bei einer Schuldenquote größer als 60% des BIP) nicht höher als 0,5% des BIP sein. Konflikte zwischen EU-Kommission und Mitgliedsstaaten darüber, was als Einmaleffekt gelten kann und vor allem auch, wie die Berechnungsgrundlage aussehen könnte – dabei spielt die Definition von Vollbeschäftigung („maximum employment“) eine wichtige Rolle (Weeks 2014) und die Einschätzung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung (Ciccarelli 2018) – sind vorprogrammiert und scheinen ein Fall für höhere Numerologie und neoliberale Ideologie zu sein. Da die Schätzungen des BIP und dessen Entwicklung für alle Indikatoren entscheidend sind, hängt vieles davon ab, wessen BIP-Schätzungen man verwendet und wessen Schätzmodell eine Ökonomie beurteilt: „Das Problem ist“, argumentiert etwa der Ökonom Andrea Fumagalli, „dass die ökonometrischen Modelle, die von der EU-Kommission verwendet werden, die italienische Ökonomie bestrafen“ (ibid). John Weeks (2014) nennt das strukturelle Defizit grundsätzlich hypothetisch und sinnfrei, der wahre Inhalt sei eine verfehltete Wirtschaftspolitik, die ein ausgeglichenes Budget erzwingen möchte. Matteo Renzi konnte gleich im ersten Jahr als Premier (2014) die Auseinandersetzung über die neuen fiskalpolitischen Regeln üben. Nach den damaligen Wahlen zum EU-Parlament war aber seine demokratische Partei so stark und die Mehrheitsverhältnisse dergestalt, dass er Flexibilität beim Fiskalpakt in einem Deal mit der BRD-Kanzlerin Angela Merkel erreichen konnte: Seine Partei würde im Gegenzug den als BRD-Mann geltenden Jean-Claude Junckers in der Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten unterstützen (Euractive 2014).

Rassismus und Vorbereitung auf die EU-Parlamentswahlen

Auch 2019 stehen wieder EU-Parlamentswahlen an und wenn es der extremen Rechten gelingen sollte, substanzielle Stimmengewinne zu erzielen und vielleicht die Fraktion um andere Parteien zu erweitern, könnte diese Einfluss auf die Kommissionsbildung nehmen. In der Lega scheint sich nach dem Fall ihrer Regierung 2011 die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass es nicht ausreicht, Padanien zu erobern. In Italien schreitet sie voran und nun geht es um die Machtverteilung in der EU. Und da sieht es für sie im Moment gut aus. Befreundete EU-KritikerInnen haben Regierungsgewalt, wie Viktor Orbán in Ungarn, dessen Partei noch in der Fraktion der Europäischen Volkspartei beheimatet ist, oder die FPÖ in Österreich, die schon mit der Lega zusammenarbeitet, oder wittern Morgenluft, wie die Rechte in Frankreich aufgrund der neoliberalen Politik der dortigen Regierung. Zuletzt führte Lega-Chef Salvini Gespräche mit der polnischen Regierungspartei über die Formierung einer neuen Fraktion, denn deren rechtskonservative

Fraktion im EU-Parlament wird nach dem Abgang der britischen Konservativen (BREXIT) wahrscheinlich aufgelöst werden. Salvini verfolgt die Idee einer Art Anti-EU-Lega oder „Lega der Legen“, die auch von Steve Bannon, einer der rechtsextremen Masterminds von Donald Trumps Wahlerfolg, mit einer in Brüssel ansässigen Lobby-Gruppe („The Movement“) unterstützt wird (Rettman 2019, Palladino/Tornago 2018).

Die Fünfsternebewegung dreht ihre Segel derzeit in den Pro-EU-Wind. Die Euro-Austrittsfrage scheuche die Finanzmärkte am meisten auf, meinte der italienische Vizepremier Luigi di Maio vom M5S (Santoro 2018), aber „ohne die Stimmen des M5S“ gebe es für einen Austritt keine Mehrheit: „Wir sind die Garantie für den Umstand, dass weder die Eurozone noch die EU zur Diskussion stehen“ (Di Maio zit. n. Santoro 2018). Aber auch Di Maio sucht Verbündete für die EU-Wahl. Der M5S sei Promotor einer neuen parlamentarischen Gruppierung in Brüssel, „um ein anderes Europa“ (ibid) voranzubringen. Einige neue Parteien würden das erste Mal ins EU-Parlament kommen und im Jänner oder Februar werde es ein gemeinsames Manifest für ein anderes Europa geben, das außerhalb der Linken und der souveränistischen Rechten stehe. Das Konzept scheint an die erfolgreiche Methode des M5S in Italien andocken zu wollen: von der Schwäche der großen alten Parteien profitieren und ggfs. das Zünglein an der Waage spielen. Es bleibt abzuwarten, ob das funktioniert, denn die Fünfsternebewegung hatte schon in der Vergangenheit Schwierigkeiten, sich einer Fraktion anzuschließen, etwa bei den Liberalen (Santoro 2018).

Die italienische Regierung scheint jedenfalls auf Zeit und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses auf der EU-Ebene zu setzen. „Jetzt bringen wir einmal den „Haushaltsplan des Volkes“ nach Hause“, proklamierte Di Maio, „dann werden wir in die europäischen Wahlen im Mai gehen, bei denen die europäischen Völker ein Erdbeben verursachen werden, das die Gleichgewichte zwischen Kommission und europäischem Parlament verändern wird“ (ibid). Die Regierungsspitze sei zuversichtlich: „In einigen Monaten wird nichts mehr wie früher sein“ (ibid). Diese Zuversicht lässt die Regierung aller Kommissionskritik zum Trotz auf die Erfüllung zentraler Wahlversprechen beharren. Die Numerologie der EU-Budgetdefizite erscheint als zweite Farce, die Regierung begegnete der EU-Kommission im Budgetkonflikt pragmatisch und reduzierte das Defizit von ursprünglichen 2,4% des BIP auf gerade noch akzeptierbare 2,04% des BIP. Für den Moment haben EU-Kommission und Regierung das Gesicht gewahrt. Der „Haushaltsplan des Volkes“ bezieht sich in der Realität auf die „Wahlvölker“ der beiden Parteien: Die politökonomische Spaltung des Landes zwischen dem Norden und dem peripheren Süden zieht sich auch durch die Regierung: Die Lega konnte einen relativen Wahlsieg im Norden und der M5S im Süden für sich verbuchen. Die Vorhaben der Regierung, die derzeit (zum Jahreswechsel) in Planung sind und diskutiert werden, müssen nun auch widersprüchlich erscheinende Wahlversprechen unter einen Hut bringen. Allerdings hält sich die wirtschaftliche Programmatik der Lega selbst nicht an den in den letzten Jahrzehnten vorherrschenden Mainstream (Weissenbacher 2015). Die Flat-Tax aus dem neoliberalen Fundus ist derzeit allerdings das auffälligste wirtschaftliche Projekt der Lega, denn wie sich Investitionsprogramme und Industriepolitik gestalten werden, wird sich wahrscheinlich erst angesichts einer neuen EU-Kommission weisen. Italien wieder stark zu machen, ist die Devise dieses ursprünglich am industriellen Norden orientierten Regierungspartners. Der Euro wird dabei als wesentliches Hindernis gesehen (ibid). Ein Austritt aus dem Euro erscheint aufgrund der Finanzmarktverflechtungen und den daraus folgenden Conse-

quenzen aber als ein extremes Notwehrprogramm. Und auch hinsichtlich der Industriepolitik stellt sich die Frage, ob Alternativen zu den festgefahrenen Güterkettenstrukturen nicht in eine grundsätzliche Änderung der Produktionsweise (Produktion, Konsum, Verteilung) führen müssen. Dies wiederum erscheint weder in der real existierenden EU-Struktur noch mit der Lega wahrscheinlich. Die radikale Position zum Euro scheint mittlerweile die exportorientierten Unternehmen aus der Lega-Klientel auf den Plan zu rufen, insbesondere für die Autoindustrie scheint die BRD, nach der Umstrukturierung von FIAT, wichtiger zu werden. Aber die Lega, mittlerweile auf Platz eins in Umfragen, orientiert sich zunehmend national, mit Kontakten zu NeofaschistInnen und der kalabresischen Mafia (Frese 2018).

Das wichtigste Versprechen für die Wählerschaft des marginalisierten Südens war der *reddito di cittadinanza*, der oft als Grundeinkommen bezeichnet wird. Tatsächlich scheinen die Pläne des M5S in der Regierung eher die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung vorzusehen, die an eine Arbeitsverpflichtung gekoppelt ist. Die Bedingungen hinsichtlich der Frage, wie weit Erfahrungen und Kompetenzen für eine Arbeitsverpflichtung berücksichtigt werden, sind noch in Ausarbeitung. Klar scheint aber zu sein, dass alle EmpfängerInnen der Unterstützung nach der zweiten Ablehnung (bzw. nach 18 Monaten Bezug auch Eltern von Kindern) Job-Angebote in ganz Italien annehmen müssen (Il Fatto Quotidiano 2019a). Aus der Sicht der Entwicklungsforschung müsste auch ein echtes Grundeinkommen Teil eines Gesamtpakets sein. Zwei Aspekte dieser Arbeitslosenunterstützung erscheinen im Lichte der italienischen Entwicklungsgeschichte unmittelbar problematisch: Zum einen hat bislang jede Maßnahme zur Erhöhung der Kaufkraft im Süden dem Norden mehr geholfen, weil die Importe aus den bereits existierenden Industriezentren stimuliert wurden (Viesti 2009). In einer grenzenlosen EU der Güterketten wird diese Erhöhung der aggregierten Nachfrage vielleicht nicht einmal die nationale Produktion sehr befördern. Zweitens kann eine Verpflichtung zur Mobilität, sollte dies überhaupt funktionieren, den existierenden Brain Drain verschärfen: In 16 Jahren (2002–2016) haben 1.882.872 Menschen den Mezzogiorno verlassen, davon waren 18,3 % AkademikerInnen und 51,5 % zwischen 15 und 34 Jahre alt. 16 % emigrierten ins Ausland (SVIMEZ 2018, 29). Die ca. 20,8 Millionen Menschen, die Anfang 2017 noch im Mezzogiorno lebten, werden nach SVIMEZ-Schätzungen – trotz Immigration – in den kommenden 50 Jahren um weitere 5 Millionen reduziert werden (SVIMEZ 2018, 27). Abgesehen von der Menschenverachtung macht auch der Rassismus der Lega, den der M5S mit in Gesetze gießt, aus Sicht der Entwicklungsforschung keinen Sinn. Denn: auch für Italien insgesamt schaut die demographische Prognose nicht gut aus. Zentrum und Norden verlieren ebenso an Bevölkerung, prognostiziert ca. 1,5 Millionen in den kommenden 50 Jahren (ibid). Es sind linke Bürgermeister des insgesamt gelähmten PD, die sich der einschlägigen Gesetzgebung widersetzen (Il Fatto Quotidiano 2019b), zumindest die Bürgermeister von Riace und Palermo scheinen dies auch aus einer Entwicklungsperspektive zu begreifen. „Eine langfristige Erholung für Italien“, schreiben Guarascio and Simonazzi (2016, 317), „kann nicht ohne den Süden geschehen“ und eine „regionale Politik darf nicht nur eine Nebenhandlung zu, sondern muss integraler Teil einer nationalen Politik für Industrie, Infrastruktur, Wohlfahrt, Forschung und Innovation sein“. Will die EU die Reduktion der Schuldenlast Italiens noch erleben, dann werden solche Pläne für das ganze EU-Integrationsmodell entwickelt werden müssen.

Anmerkung

- 1) Die Forschung für diesen Beitrag wurde unterstützt durch Fördergelder des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer: 17058).

Literaturverzeichnis

- Accetturo, Antonio/Giunta, Anna (2018): Value Chains and the Great Recession: Evidence from Italian and German Firms. In: *International Economics* 153, 55–68.
- Agostino, Mariarosaria u.a. (2013): The Productivity of Italian Industrial Suppliers (1998–2006). Does Participation in Global Value Chains Matter? In: *Revue d'économie industrielle* 144, 4e trimestre, 85–112.
- Agostino, Mariarosaria u.a. (2015): The Importance of Being a Capable Supplier: Italian Industrial Firms in Global Value Chains. In: *International Small Business Journal* 33, 7, 708–730.
- Bacchiocchi, Emanuele/Florio, Massimo/Giunta, Anna (2014): Internationalization and Industrial Districts: Evidence from the Italian Automotive Supply Chain. In: *International Review of Applied Economics* 28, 1, 1–21.
- Berta, Giuseppe (2015): La via del Nord: dal miracolo economico alla stagnazione. Bologna: Il Mulino.
- Bini Smaghi, Lorenzo (2013): Austerity. European Democracies against the Wall. Brussels: Centre for European Policy Studies (CEPS).
- Boffano, Ettore (2018): Il dopo Marchionne: ora Torino ha paura di restare senza auto. In: *Il fatto quotidiano*, July 23, 5.
- Cavazzuti, Filippo (2014): Le privatizzazioni degli anni Novanta: l'IRI tra Parlamento, governo e dintorni. In: Roberto Artoni (ed.): *Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990–2002*. Roma: Laterza, 59–146.
- Ciccarelli, Roberto (2018): Andrea Fumagalli: „Lazzardo politico del governo dietro la sfida sui numeri con Bruxelles“. In: *Il Manifesto*, 22.11., unter: <https://ilmanifesto.it/andrea-fumagalli-lazzardo-politico-del-governo-dietro-la-sfida-sui-numeri-con-bruxelles/> (11.01.2019).
- Curli, Barbara (2014): Il «vincolo europeo»: le privatizzazioni dell'IRI tra Commissione europea e governo italiano. In: Roberto Artoni (ed.): *Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990–2002*. Roma: Laterza, 181–256.
- Dunford, Michael/Greco, Lidia (2006): *After Three Italies*. Malden, Oxford, und Carleton: Blackwell.
- EU Kommission (2018): Bericht der Kommission. COM(2018) 809 final. Italien. Bericht nach Artikel 126 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Brüssel, den 21.11.2018.
- EU Kommission (o.J.): General government consolidated gross debt as a percentage of GDP at current prices: Excessive deficit procedure (based on ESA 2010). Ameco Datenbank, unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/ResultSerie.cfm (08.01.2019).
- Euractive (2014): Merkel, Renzi agree on EU budget rules flexibility. 26. Juni, unter: <https://www.euractiv.com/section/euro-finance/news/merkel-renzi-agree-on-eu-budget-rules-flexibility/> (11.01.2019)
- Frese, Mads (2018): Salvini is gambling with core voters' future in budget battle. In: *EUObserver*, 1. November, unter: <https://euobserver.com/economic/143250> (12.01.2019).
- Felice, Emanuele/Vecchi, Giovanni (2013): *Italy's Growth and Decline, 1861–2011*. Roma. (= CEIS Tor Vergata Research Paper Series Vol. 11, Issue 13, No. 293).
- Feltri, Stefano (2018a): Savona & Tria, i piani su deficit e investimenti della strana coppia. In: *Il fatto quotidiano*, July 25, 15.
- Feltri, Stefano (2018b): Ha rottamato quella classe dirigente che ora lo piange. In: *Il fatto quotidiano*, July 26, 8.
- Friedman, Alan (2015): *Berlusconi. The Epic Story of the Billionaire Who Took Over Italy*. New York: Hachette.
- Gattai, Valeria (2015): Internationalisation and Performance at the Firm-Level: What We Learn from Italy. In: *Economia e Politica Industriale* 42, 4, 475–509.
- Giunta, Anna/Nifo, Annamaria/Scalera, Domenico (2012): Subcontracting in Italian Industry: Labour Division, Firm Growth and the North-South Divide. In: *Regional Studies* 46, 8, 1067–1083.
- Giunta, Anna/Martinelli, Flavia (1995): The Impact of Post-Fordist Corporate Restructuring in a Peripheral Region. In: Ash Amin und John Tomanej (eds.): *Behind the Myth of European Union. Prospects for Cohesion*. London und New York: Routledge, 190–225.
- Giunta, Anna/Scalera, Domenico (2007): *L'impresa subfornitrice: redditività, produttività e divari territoriali*. Rome: Roma Tre, Collana del Dipartimento di Economia, Working Paper 76.
- Governo italiano, Ministero dell'Interno (o.J.): Camera 04/03/2018, unter: <https://elezionistorico.interno.gov.it/index.php?tpel=C&dtel=04/03/2018&tpa=I&tpc=A&lev=0&levsuto=0&ces=5&ms=S> (13.08.2018).

- Governo italiano, Ministero dell'Interno (o.J.): Camera 24/02/2013, unter: <https://elezionistorico.interno.gov.it/index.php?tpel=C&dtel=24/02/2013&tpa=I&tpc=A&levo=0&levsuto=0&eso=S&ms=S> (13.08.2018).
- Guarascio, Dario, und Simonazzi, Annamaria (2016): A polarized country in a polarized Europe: an industrial policy for Italy's renaissance. In: *Economia e Politica Industriale* 43, 3, 315–322.
- Il Fatto Quotidiano (2019a): Reddito di cittadinanza, terza offerta di lavoro senza limiti territoriali: sarà „congrua“ anche se bisogna trasferirsi., unter: <https://www.ilfattoquotidiano.it/2019/01/02/reddito-di-cittadinanza-terza-offerta-di-lavoro-senza-limiti-territoriali-sara-congrua-anche-se-bisogna-trasferirsi/4870967/> (03.01.2019).
- Il Fatto Quotidiano (2019b): Sicurezza, Di Maio e Salvini contro sindaci „disobbedienti“ Palazzo Chigi propone incontro, ma la Lega spacca l'Anci. 3. Jänner, unter: <https://www.ilfattoquotidiano.it/2019/01/03/dl-sicurezza-di-maio-la-protesta-dei-sindaci-solo-campagna-elettorale-orlando-ricorrero-al-giudice-civile/4871931/> (03.01.2019).
- Kington, Tom (2011): Silvio Berlusconi shrugs off IMF's financial checks on Italy. In: *The Guardian*, Nov. 4, unter: <https://www.theguardian.com/world/2011/nov/04/silvio-berlusconi-imf-italy> (04.04.2018).
- Maurice, Eric (2018): Oettinger on Italy: Like a true political commissioner. In: *EU Observer*, May 30, unter: <https://euobserver.com/political/141943> (06.08.2018).
- Minenna, Marcello (2018): Global Debt Is At Its Peak: Italy Stands Better Than We Think. In: *Social Europe*, 28. November, unter: <https://www.socialeurope.eu/global-debt-is-at-its-peak-italy-stands-better-than-we-think> (11.01.2019).
- Meletti, Giorgio (2018): Né meriti né colpe, Marchionne usato per risse da cortile. In: *Il fatto quotidiano*, July 24, 5.
- Panizzi, Antongiulio (2016): *My Way. The Rise and Fall of Silvio Berlusconi*. Documentary based on the book by Alan Friedman. Challian Films.
- Petrini, Roberto (2014): L'IRI nei tre anni fatali: la crisi del paese e la svolta delle privatizzazioni (1990–1992). In: Roberto Artoni (ed.): *Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990–2002*. Roma: Laterza, 147–180.
- Palladino, Andrea/Tornago, Andrea (2018): Ecco La Lega delle Leghe: la rete nera di Borghesio. In: *Il Fatto Quotidiano*, 6. August, 1&4.
- Raddatz, Guido (2016): Honourable states? EU Sustainability Index 2016 – Key results. In: *Stiftung Marktwirtschaft*, unter: https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Generationenbilanz/Key_Results_Honorable_States_2016.pdf (11.01.2019)
- Rettman, Andrew (2019): Italy and Poland in talks on anti-EU league. In: *EUObserver*, 7. Jänner, unter: <https://euobserver.com/elections/143833> (12.01.2019).
- Santoro, Giuliano (2018): Di Maio e il rebus Europee: l'alleato sarà Ciudadanos? In: *Il Manifesto*, 22. Oktober, unter: <https://archiviopubblico.ilmanifesto.it/Articolo/2003231201> (03.01.2019).
- Simonazzi, Annamaria (2015): Italy's long stagnation. In: Steffen Lehndorff (ed.): *Divisive integration. The triumph of failed ideas in Europe — revisited*. Brussels: ETUI, 69–93.
- Simonazzi, Annamaria/Ginzburg, Andrea/Nocella, Gianluigi (2013): Economic Relations between Germany and Southern Europe. In: *Cambridge Journal of Economics* 37, 3, 653–675.
- SVIMEZ (Associazione per lo sviluppo dell'industria nel Mezzogiorno) (2015): *Rapporto Svimez 2015 sull'economia del Mezzogiorno*. Bologna: Il Mulino.
- SVIMEZ (Associazione per lo sviluppo dell'industria nel Mezzogiorno) (2018): *Anticipazioni. Rapporto SVIMEZ 2018 sull'economia del Mezzogiorno*. Roma: SVIMEZ.
- Verderami, Francesco (2017): Il patto tra Renzi e Berlusconi per avere ‚mani libere‘ dopo le urne. In: *Corriere della Sera*, Oct. 6, unter: http://www.corriere.it/politica/17_ottobre_07/patto-capi-dem-forza-italia-berlusconi-1a1f6d76-aad6-11e7-bf9b-eb2db464e457.shtml (04.04.2018).
- Viesti, Gianfranco (2009): Mezzogiorno a tradimento. Il Nord, il Sud e la politica che non c'è. Roma und Bari: Laterza.
- Weeks, John (2014): Deficit Politics. In: *Social Europe*, 5. Dezember, unter: <https://www.socialeurope.eu/structural-deficit> (11.01.2019).
- Weissenbacher, Rudy (2012): Berlusconi mit guten Manieren. Anmerkungen zur Regierungsbildung in Italien. In: *Kurswechsel* 17, 2, 68–75.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Keine andere Welt, nur ein anderes Europa. Die Lega Nord am rechten Weg. In: *Kurswechsel* 20, 3, 81–87.
- Weissenbacher, Rudy (2018a): Die Krise als Normalität: Kapitalismus, Regionen und ungleiche Entwicklung. *Kurswechsel* 23, 2, 53–62.
- Weissenbacher, Rudy (2018b): Peripheral integration and disintegration in Europe: the ‚European dependency school‘ revisited. In: *Journal of Contemporary European Studies* 26, 1, 81–98.
- Weissenbacher, Rudy (2018c): A Ladder without Upper Rungs: On the Limitations of Industrial Policies in TNC Capitalism. The Case of the European Union. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 34 (3/4), 73–107.